

Man kann nicht alles wissen ...

Bourgeoisie: (frz., sprich: burschwasie): Großbürgertum. (Seite 4)

Bundesvergabegesetz-Novelle: Mit 1. März 2016 ist die Vergabegesetznovelle 2015 in Kraft getreten, deren Inhalte im Wesentlichen in der Bau-Sozialpartner Initiative „FAIRE VERGABEN sichern Arbeitsplätze“ vorbereitet wurden. Mit der Novelle soll Lohn- und Sozialdumping unter anderem durch eine Neuregelung der Subunternehmerbeschäftigung bekämpft werden. Außerdem wurde das Bestbieterprinzip (statt Billigstbieterprinzip) für bestimmte Auftragsvergaben verpflichtend festgelegt. (Seite 39)

dichotom: zweigeteilt, gegabelt. (Seite 22)

Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA): 1957 etabliertes beratendes EU-Organ mit 350 Mitgliedsorganisationen, das sich als Brücke zwischen Europa und der organisierten Zivilgesellschaft versteht. Der Ausschuss ist in drei Gruppen (Kurien) gegliedert: Arbeitgeber, ArbeitnehmerInnen, sonstige Interessengruppen. Neben den klassischen Sozialpartnern sind somit auch andere gesellschaftliche Bereiche (z. B. Verbraucherschutz- und Umweltorganisationen) im Ausschuss repräsentiert. Die Mandatare werden jeweils für fünf Jahre ernannt. (Seite 37) www.eesc.europa.eu

Europäisches Forum Alpbach: Seit 1945 kommen jährlich im August zahlreiche ExpertInnen aus den verschiedensten Fachgebieten, PolitikerInnen, StudentInnen, JournalistInnen und Interessierte in das Tiroler Bergdorf Alpbach, um sich über aktuelle Themen auszutauschen und gemeinsam Lösungsansätze zu entwickeln. Mehr als zwei Wochen hindurch stehen Vorträge, Diskussionen und Sommerschulkurse auf dem Programm. Ausgewählten jungen JournalistInnen aus ganz Europa bietet die Alpbacher Medienakademie die Möglichkeit, unter der Regie von Medienprofis über das Konferenzgeschehen zu berichten. Rund 4.000 Menschen aus 70 Ländern nehmen am Forum teil, das heuer unter dem Motto „Neue Aufklärung“ steht. Präsident des Forums Alpbach ist Franz Fischler. (Seite 43)

Familienlastenausgleichsfonds (FLAF): Der Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen verteilt um zwischen jenen, die für Kinder sorgen, und jenen, für die das aktuell nicht zutrifft. Mit dem FLAF-Budget von 6,5 Mrd. Euro pro Jahr werden u. a. die Familienbeihilfe, Freifahrten und das Kinderbetreuungsgeld finanziert. Dafür führen DienstgeberInnen 4,5 Prozent der Bruttolohnsumme ab, Beiträge kommen aber auch von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben sowie aus der Einkommen- und Körperschaftssteuer. (Seite 41)

Fiskalregeln: 2011 einigten sich die Euro-Länder auf Obergrenzen für die Staatsverschuldung und Strafen für jene Länder, die diese Grenzen missachten. Auch die meisten Nicht-Euro-Länder erklärten sich einverstanden. Außerdem verpflichteten sie sich zur rechtlichen Verankerung dieser Regeln. Der Fiskalpakt trat Anfang 2013 in Kraft. Die Vorgaben lauten u. a.: jährliches Defizit höchstens 0,5 Prozent des BIP, höchstens 60 Prozent öffentliche Verschuldung. Das Defizit der staatlichen Körperschaften eines Staates darf drei Prozent des BIP nicht überschreiten. Überschreitungen können sanktioniert werden. Entschuldbar ist ein größeres Defizit nur während einer Wirtschaftskrise. (Seite 11)

Gorbatschow, Michail: russischer Politiker, geb. 1931; 1985 bis 1991 Generalsekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (KPdSU), 1990 bis 1991 Präsident der Sowjetunion. Er leitete das Ende des Kalten Krieges ein und erhielt 1990 den Friedensnobelpreis. (Seite 42)

Keynes, John Maynard: britischer Ökonom, Politiker und Mathematiker (1883-1946); seine zentrale Theorie war, dass das marktwirtschaftliche System auch bei flexiblen Preisen und Löhnen nicht automatisch zur Vollbeschäftigung tendiert, was bedeute, dass der Staat zeitweise regulierend eingreifen sollte. Seine Theorien dominierten bis Mitte der 1970er-Jahre die Wirtschaftspolitik der meisten westeuropäischen Staaten. (Seite 4)

Krugman, Paul: US-Volkswirtschaftler, geb. 1953; erhielt 2008 den Wirtschaftsnobelpreis, vor allem für seine „Analyse von Handelsstrukturen und Standorten ökonomischer Aktivität“. Aktuelle Publikation: „Vergesst die Krise! Warum wir jetzt Geld ausgeben müssen“. (Seite 10)

NAFTA: Nordamerikanisches Freihandelsabkommen (North American Free Trade Agreement); 1994 entstandener Wirtschaftsverband zwischen Kanada, den USA und Mexiko. Im Gegensatz zur EU nimmt die NAFTA keine supranationale Regierungsfunktion wahr. Die Auswirkungen des Freihandels waren weniger positiv als gedacht: Mexiko, früher Selbstversorger mit dem Hauptnahrungsmittel Mais, wurde mit hochsubventionierten US-amerikanischen Landwirtschaftsprodukten und Fleisch überschwemmt, dessen Preis 20 Prozent unter den Produktionskosten liegt. Die erwartete Spezialisierung der mexikanischen Landwirtschaft trat nicht ein, Millionen Maisbauern mussten aufgeben und wurden arbeitslos. (Seite 34)

Nominallöhne: In Geldwerten angegebene Löhne, die im Gegensatz zu den Reallöhnen nichts über die tatsächliche Kaufkraft dieser Einkommen aussagen. (Seite 36)

ÖBIB (Österreichische Bundes- und Industriebeteiligungen): Beteiligungsgesellschaft der Republik Österreich (1970–2015 ÖIAG); sie vertritt die Eigentümerinteressen des Bundes bei strategisch bedeutsamen Beteiligungen. Im Eigentum der ÖBIB stehen derzeit die Post, OMV, Telekom Austria sowie die Casinos Austria. (Seite 45)

Orthodoxie: Lehrmeinung; „reine Lehre“; (engstirniges) Festhalten an der Lehrmeinung. (Seite 4)

Pinochet, Augusto: chilenischer General und Diktator (1915–2006); er war 1973 maßgeblich beteiligt an dem von den USA forcierten Militärputsch gegen den demokratisch gewählten, marxistischen Präsidenten Salvador Allende. Pinochet regierte danach bis 1990, zuerst als Chef der Militärjunta, dann als Präsident diktatorisch. Morde, Entführungen, Folter waren an der Tagesordnung. In der Wirtschaft kam es – inspiriert von US-Experten – zu neoliberalen Reformen. Bei den ersten freien Wahlen 1989 wurde er abgewählt. Pinochet wurde zwar wegen Völkermordes angeklagt, starb wegen der langen Prozessdauer aber bevor es zu einer Verurteilung kommen konnte. (Seite 8, 19)

Schmidt, Helmut: deutscher SPD-Politiker (1918–2015); 1974 bis 1982 Bundeskanzler, danach bis zu seinem Tod Mitherausgeber der Wochenzeitung „Die Zeit“. In seine Amtszeit fielen u. a. der RAF-Terrorismus, die Ölkrise und die Einführung des Europäischen Währungssystems. Zur Regierungskrise kam es schließlich durch Schmidts Eintreten für den Nato-Doppelbeschluss (Stationierung von SS-20-Mittelstrecken-Raketen in Mitteleuropa bei gleichzeitigem Verhandlungsangebot an Russland, auf diese Waffen generell zu verzichten). 1982 traten sämtliche FDP-Minister der sozialliberalen Regierung zurück. Schmidts Kanzlerschaft endete wenige Wochen später durch ein konstruktives Misstrauensvotum, bei dem ein neuer Bundeskanzler mit Zweidrittelmehrheit gewählt werden kann. Auf diese Weise übernahm Helmut Kohl das Ruder. (Seite 15)

World Economic Forum: 1971 eingerichtete gemeinnützige Schweizer Stiftung mit Beobachterstatus beim Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen. Das Weltwirtschaftsforum ist vor allem bekannt durch seine Jahrestreffen in Davos, wo internationale Fachleute, PolitikerInnen und JournalistInnen über aktuelle globale Fragen diskutieren. (Seite 12)